

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/162

Bad Godesberg, den 25. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Miesmacher Erhard & Co.</u> Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD	55
3	<u>Das Elend der CSU-Schulpolitik in Bayern</u> Zum Verbot der Modell-Hauptschule in München	55
4 - 5	<u>Kommunistische Gipfelkonferenz</u> Der Richtungsstreit im Weltkommunismus Von Walter Ranz	96

* * *

Wiesmacher Erhard & Co.

Von Frank Sommer

Sprecher des Vorstandes der SPD

Die Große Koalition ist nun schon älter als acht Monate und man sollte meinen, daß sie die Nachwehen ihrer Geburt hinter sich hätte. Jedoch, es zeigt sich, daß es offenbar noch immer Leute gibt, die die Bildung der ersten Bundesregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung geistig noch nicht verkräftet haben. Es handelt sich um jene Politiker aus den Unionsparteien, die gerne sich selbst bzw. die eigene Partei mit dem Staat verwechselt haben. Sie haben noch nicht begriffen, daß solchen Vorstellungen spätestens seit dem 1. Dezember 1966 endgültig und für jedermann sichtbar auf Kimmwiedersehen der Boden entzogen worden ist. Sie werden es lernen müssen.

Das gilt auch und besonders für jene Politiker, die glauben, in Zeitungen und Pressediensten mehr oder weniger versteckte Kritik an der Politik der Bundesregierung (an der ihre eigene Partei als Koalitionspartner beteiligt ist) üben zu müssen, wobei sie sich als "Zielscheibe" besonders den politischen Bereich solcher Ministerien herausuchen, die sozialdemokratisch geführt werden. Was in den letzten Tagen und Wochen als "Sachkritik" an der Außenpolitik - besonders an der Osteuropa-Politik - und an der Wirtschaftspolitik zu lesen war, das ist ebenso wortreich wie dürftig und oberflächlich. Es fällt schwer, in solchen Äußerungen das Bestehen um sachliche Auseinandersetzung zu entdecken. Ein prominentes Mitglied der Führung der CDU hat diesen Tage den richtigen Ausdruck für derlei "Aktivitäten" geprägt: "Partei-Schlaumeiereien". Ob das indessen wirklich alles so schlau angelegt ist, wie die Autoren glauben, das wird sich erst noch zeigen müssen.

Es überrascht nicht, gerade den früheren Bundeskanzler und jetzigen Ehrenvorsitzenden der CDU, Ludwig Erhard, in den Reihen dieser Kritiker zu finden. Wie nicht anders zu erwarten, schießt er dabei wieder einmal den Vogel ab: Im Zusammenhang mit den zwischen der CSSR und der

25. August 1967

Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen kritisiert er mit tönenden Worten genau das, was schon während seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister und Bundeskanzler praktiziert worden ist. Man sieht, es lohnt in der Tat kaum, auf solcherlei "politische" Äußerungen einzugehen.

Dagegen scheint es angebracht, vor einer Wiederkehr gewisser Praktiken zu warnen, die das Erscheinungsbild der kleinen Koalition unter Erhard geprägt haben. Wir meinen die Stimmungsmache gegen die eigene Koalition in Parteiorganen, Zeitungsartikeln, Interviews usw. Damit kein Mißverständnis entsteht: Es soll damit nichts gegen, sondern alles für eine offene, faire politische Diskussion gesagt sein, die sich vor allem und in erster Linie im Parlament zu vollziehen hat. Wogegen wir uns wenden, ist das dumpfe, unartikulierte Miesmachen, das Herummäkeln um jeden Preis.

Es ist gesagt worden, daß diese Regierung der "Großen Koalition" zum Erfolg verurteilt sei. Nun - das wird jede Regierung sein, ganz gleich, auf welche Koalition sie sich stützt. Jede Koalition - auch die Große - ist dabei angewiesen auf die faire, partnerschaftliche Zusammenarbeit.

In der Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers vom 13. Dezember 1966 findet sich ein bemerkenswerter Satz, von dem wir wünschen, daß alle, die diese Regierungserklärung gehört haben, ihn beherzigen mögen:

- * "Wenn wir unser Volk von unserem redlichen Willen durch Wort und
- * Tat überzeugen, wenn wir auch den Stil unseres politischen Lebens
- * von dem Verdacht des Interessenschachers oder des ehrgeizigen
- * Ränkespiels befreien, ... dann wird dieses Volk ... seinem freien
- * demokratischen Staat vertrauen und zu ihm stehen in Glück und Not."

+

+

+

Das Elend der CSU-Schulpolitik in Bayern

Zum Verbot der Modell-Hauptschule in München

spk - Die Ablehnung der von der Stadt geplanten Modell-Hauptschule durch das bayerische Kultusministerium spiegelt das ganze Elend der Schulpolitik in diesem Lande wider. Während fast in allen Bundesländern Hauptschulen (nach dem Hamburger Verwaltungsabkommen von 1964) errichtet oder zumindestens erprobt werden, ist Bayern kaum einen Schritt weitergekommen.

Modellhauptschulen wurden von der SFD im Landtag wiederholt gefordert, die entsprechenden Anträge sind jedesmal von der CSU abgelehnt worden. Das letzte Mal geschah dies im Mai 1966. Damals kündigte allerdings Kultusminister Dr. Huber an, er werde Modell-Hauptschulen für jeden der etwa 170 Schulaufsichtsbezirke errichten. Er wolle es auch dort tun, wo sich eine zweizügige Klassenführung nicht gleich ermöglichen lasse. Die in jedem Schulaufsichtsbezirk zu errichtende Modell-Hauptschule sollte nach den Worten des Kultusministers eine Beispielschule sein. Der Minister versicherte, er wolle diese Angelegenheit nicht auf die lange Bank schieben.

Wie nicht anders zu erwarten war, landeten die 170 Modell-Hauptschulen doch auf der "langen Bank". Errichtet wurde nicht eine einzige, ja, es ist nicht einmal mehr von Modell-Hauptschulen die Rede. Was das Kultusministerium nicht zustande bringt, darf aber anscheinend auch niemand anders machen. Vergleicht man die Ablehnungsgründe im Fall "Modell München" mit den Ankündigungen des Kultusministeriums, dann wird deutlich, wie sehr sie an den Haaren herbeigezogen wurden. Dem Kultusministerium paßte aber die ganze Richtung nicht. Das geht vor allem aus dem Satz in der Begründung der Ablehnung hervor: "Die vorgesehene Differenzierung gefährdet mit ihrem Übermaß eine beschlossene Unterrichtsarbeit und läßt die Werte einer echten Klassengemeinschaft in der Hauptschule nicht wirksam werden."

Das wesentlich Neue an der Hauptschule ist die Teilung in Kern- und Kursunterricht. Kernunterricht erhalten die Schüler einer Klasse gemeinsam, bei Kursunterricht werden die Schüler aus zwei oder drei Parallelklassen zu Leistungsgruppen vereinigt. Im Münchner Modell sollte nun der Anteil des Kursunterrichts wesentlich größer sein als nach den Richtlinien des Kultusministeriums für die bayerischen Volksschulen. Für den 9. Schülerjahrgang zum Beispiel sehen die "Richtlinien" bei den 34 Stunden Pflichtunterricht in der Woche ein Verhältnis zwischen Kern- und Kursunterricht von 31 : 3 vor, das Münchner Modell jedoch ein Verhältnis von 19 : 15.

Über die Sorge des bayerischen Kultusministeriums um die "echte Klassengemeinschaft" wird man mit Recht in der ganzen Bundesrepublik lachen. Tatsächlich steckt auch etwas ganz anderes dahinter. Das Münchner Modell, und überhaupt die echte Hauptschule, entspricht nicht den politischen Plänen der CSU und des bayerischen Kultusministeriums. Wenn nämlich die Schüler aus Parallelklassen zu Leistungsgruppen zusammengefaßt werden, wäre die Trennung der Klassen nach Konfessionen mit bekenntnisbetontem Unterricht unwirksam, da Kursunterricht auch in den sogenannten Weltanschauungsfächern erteilt wird. Oder umgekehrt: Die "christliche Schule" der CSU mit ihren nach Bekenntnissen getrennten Klassen würde den Ausbau der Volksschuloberstufe zu einer echten Hauptschule unmöglich machen. - Die Ablehnung der Modell-Hauptschule in München ist daher vorwiegend eine politische Entscheidung. Nicht die leistungsfähigere Volksschule, sondern weltanschauliche Gründe standen im Vordergrund.

Kommunistische Gipfelkonferenzen

Der Richtungsstreit im Weltkommunismus

Von Walter Ramm

Der Sekretär des Zentralkomitees der "Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei", Arpad Pullai, hat dieser Tage die "Einberufung einer großen Konferenz aller kommunistischen Parteien der Welt" gefordert. Der Wunsch nach einer kommunistischen Gipfelkonferenz ist nicht neu. Schon Chruschtschow hatte eine solche Konferenz angekündigt, mußte sie aber vor allem wegen der gegensätzlichen Auffassungen zu der chinesischen KP wieder vertagen. Auch Breshnew versuchte den Gedanken neu zu beleben; auch dieser Versuch scheiterte. Neben den Chinesen machten auch die Rumänen Bedenken gegen eine solche Gipfelkonferenz geltend. Nordkorea und Nordvietnam, die zwar keinen Kurs gegen Moskau zu führen wünschen, die schon aus geographischen Gründen sich nicht an einer Verurteilung Pekings beteiligen können, meldeten ebenfalls ihre Bedenken an. Im Februar 1966 kam es dann zu einer Rumpfkonzferenz von 19 ost- und westeuropäischen kommunistischen Parteien. Eine neue Generallinie, die verbindlich für alle Parteien war, konnte dort nicht festgelegt werden.

Moskau und die mit ihm verbundenen Parteien befinden sich in einer Zwangslage. Der neuen Entwicklung muß Rechnung getragen und Beschlüsse für den ideologischen Kampf, für die innere und äußere Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung gefaßt werden. Bei der Einberufung einer solchen Gipfelkonferenz würde mit Sicherheit der Bruch mit der KPCCh herbeigeführt werden. Die antisowjetische Einstellung der Pekinger Parteiführung läßt die Einheit zu einer mühsam erhaltenen Faktion werden.

Die inneren Auseinandersetzungen in der chinesischen KP geben zwar jenen vorsichtigen Taktikern recht, die behaupten, daß der innerparteiliche Kampf in der KPCCh diese in eine immer größer werdende Isolierung drängt. Erst dann, wenn die KPCCh sich zu einem für Moskau akzeptablen Kurs zurückgefunden habe, könne an eine weltweite Konferenz aller Parteien gedacht werden. Diese Taktik mag ihre Vorteile gegenüber der chinesischen KP haben, unterdessen entwickelt sich nicht nur in Rumänien ein eigener Weg zum Sozialismus-Kommunismus.

Eine ähnliche Tendenz hatte sich bereits 1946 in der Zone angekündigt. Damals trat das Mitglied des ZK der SED, Anton Ackermann, mit einem theoretischen Artikel an die Öffentlichkeit. In dem Aufsatz wurde ein "besonderer deutscher Weg zum Sozialismus" konzipiert. Der theoretische Vorstoß dürfte die Zustimmung des ZK der SED und die Duldung der KPdSU besessen haben. Anders ist nicht zu erklären, daß der Artikel in einer offiziellen Parteischrift veröffentlicht wurde. Moskau war sich entgegen der Auffassung vieler Experten im Westen, damals noch nicht voll im klaren über den einzuschlagenden Kurs in Deutschland. Die theoretischen Erörterungen blieben allerdings in den Anfängen stecken. Der Vorschlag Ackermanns blieb Episode. Einige Monate nach der Veröffentlichung des Artikels mußte Ackermann Selbstkritik üben; verfeimt ist Ackermann allerdings nie worden. Die SED schwenkte danach auf den Kurs der Sowjets ein. Wieviel Schuld der Westen an der nun einsetzenden Entwick-

lung mitträgt - der Kalte Krieg bestimmte das Klima der Politik -, bedarf noch kühler Recherchen der Historiker.

Die Entwicklung ging unterdessen weiter. Die italienische KP und, mit Einschränkungen, die französische KP, zeigten Tendenzen eigener Auffassungen. Hier sei nur erwähnt, daß der Generalsekretär der KPI, Longo, mehr als einmal den Unwillen Moskaus erregt hat.

Die unterschiedlichen Auffassungen, die auch in lateinamerikanischen kommunistischen Parteien Raum gewannen, bereiten der KPdSU einige Sorge. Erst kürzlich war eine Solidaritätskonferenz aller süd- und mittelamerikanischen kommunistischen Parteien abgeschlossen worden. Es zeigte sich, daß drei Auffassungen um Einfluß ringen. Die Anhänger Moskaus, die Fidelisten und die Pro-Chinesen. Es gelang zwar, nachdem die Castroanhänger und die Moskauer Richtung sich auf eine Formel zur Eroberung der Macht in diesem Raum geeinigt hatten, einen Bruch zu verhindern; Differenzen über den einzuschlagenden Weg bleiben jedoch bestehen.

Der Kreml kann nicht außer acht lassen, daß die KPdSU sich nicht nur auf den Partisanenkampf als taktisches Kampfinstrument beschränken kann. Partisanen im Busch sind zwar eine die dortigen Regierungen beunruhigende Kraft; ob Kuba nicht ein Einzelfall ist, das muß sich erst noch erweisen. Das ist übrigens der alte theoretische Streit, der nach Stalins Tod, durch Suslow auf einem Kongreß eine legale Kampftaktik mit einschloß. Als alternative Lösung zum bewaffneten Kampf ist die legale Eroberung der Macht für die KPdSU hinzugetreten. Hier rennen sich die Chinesen und die KPdSU die Köpfe gegenseitig ein. Castro nimmt eine vermittelnde Rolle ein. Das erfordert schon seine wirtschaftliche Abhängigkeit von den osteuropäischen, insbesondere von den sowjetischen Machthabern. Die bestehenden Differenzen über die Wege zur Macht - wozu bei den Chinesen auch noch unterschiedliche Auffassungen über das Ziel selbst kommen - führte zur Notlösung von Regionalkonferenzen. Das können nur Provisorien sein, wo bestimmte geographische Gebiete und Teilaspekte der Politik zur Diskussion stehen. Es sei an die Moskauer Konferenz im März 1965 erinnert, welche die Chinesen erbost als "Spalterkonferenz" bezeichneten; es sei an die "Solidaritätskonferenz der drei Kontinente" im Januar 1967 in Havanna erinnert. In diesen Konferenzreihen muß als wichtige die "Karlshader Konferenz" der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas im April dieses Jahres genannt werden. Auf dieser Konferenz wurden vor allem Sicherheitsfragen Europas diskutiert.

Es sei an das Moskauer Gipfeltreffen der kommunistischen Parteien Osteuropas, einschließlich Jugoslawiens - außer Rumänien - im Juni dieses Jahres erinnert, in welchem Beschlüsse gegen die "Aggression" Israels gefaßt wurden. Weitere solcher Teilkonferenzen werden sicherlich folgen müssen.

Es zeigt sich, daß eine einheitliche Gipfelkonferenz aller kommunistischen Parteien zur Zeit nicht zustande kommen wird. Einheitliche Konferenzen aller kommunistischen Parteien wurden letztmalig in den Jahren 1957 und 1960 in Moskau durchgeführt. Schon die letztere konnte nur durch einen Kompromiß mit der KPdCh einigermaßen erfolgreich beendet werden. Der Vorstoß, den Pullai unternahm, auf höheren Wunsch - oder auch ohne diesen - kann unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum zur Verwirklichung kommen.